

Stadtverwaltung Weimar

Drucksachen-Nr.	2022/119/ F
Einreicher:	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Datum der Sitzung:	15.06.2022
Status der Sitzung:	öffentliche Sitzung
beantwortet durch:	53.00

- Es gilt das gesprochene Wort -

Betreff: Gesunde Städte

Mit der DS 2019/385/V wurde die Stadt Weimar Mitglied im Gesunde-Städte-Netzwerk. Dort heißt es: „Der Stadtrat stimmte der Beschlussvorlage für den Beitritt in das Gesunde Städte-Netzwerk am 30.10.20219 zu. Damit zeigt die Stadt Weimar ihre Bereitschaft, sich verbindlich für gesundheitsfördernde Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen in der Stadt einzusetzen. Die Stadt Weimar befürwortet die Gesunde Städte Konzeption und verpflichtet sich, das 9-Punkte-Programm umzusetzen.“

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN fragt daher die Stadtverwaltung:

1. Welche Impulse sind aus der Netzwerkarbeit bisher in die Stadtverwaltung und –politik eingeflossen?
2. Welchen Einfluss haben Corona und die im Zusammenhang mit der Pandemie deutlich gewordenen Problemfelder auf die Ausrichtung der städtischen Gesundheitsförderung?
3. Wie wurde und wird die zugesicherte „Möglichkeit der Beteiligung und Mitwirkung der Bürger“ umgesetzt?
4. Ab wann erfolgt die „jährliche integrative Berichterstattung“?
5. In welchen Bereichen sieht die Stadtverwaltung besonders großen Handlungsbedarf im Sinne einer städtischen Gesundheitsförderung?

Frage 1:

Welche Impulse sind aus der Netzwerkarbeit bisher in die Stadtverwaltung und –politik eingeflossen?

Antwort:

Der Bereich Gesundheitsförderung im Gesundheitsamt besteht seit 2014 mit einer Personalstelle und wurde 2015 durch die Bildung der Abteilung Gesundheitsförderung (mit der Selbsthilfekontaktstelle) verstetigt. Seitdem leisten wir Netzwerkarbeit intern in der Stadtverwaltung und extern mit vielen relevanten Akteurinnen und Akteuren sowie Einrichtungen in der Stadt. Der Beitritt in das Gesunde Städte Netzwerk (GSN) war daher noch ein Bekenntnis der Stadt zu schon vorhandenen Strukturen. Die Ansprechpersonen hierfür sind Anja Romeyke, Abteilungsleiterin Gesundheitsförderung, und Katja Kliewe, Selbsthilfekontaktstelle.

Impulse aus der bisherigen Netzwerkarbeit sind:

- Vernetzung im Rahmen der Präventionskette (siehe Stadtratsbeschluss DS 107/2015): intensive Zusammenarbeit mit dem Amt für Familie und Soziales, hier insbe-

sondere mit Koordination Frühe Hilfen / Kinderschutz, Vernetzung mit Schulverwaltung, Stadtentwicklung und Jobcenter; Zielgruppe ist hierbei besonders: von Armut betroffene Familien und Familien mit besonderen Problemlagen

- Vernetzung mit dem Gesundheitsbereich (Klinikum, Hebammen, Kinderärzte, Gynäkologen), dem Bildungsbereich (Kita, Schulen, Familienzentrum) und sozialen Bereich (Beratungsstellen, Freizeittreffs u.a.), Beteiligung an regelmäßigen Netzwerktreffen in den Stadtteilen West und Nord
- daraus entwickelte und bestehende Angebote: Baby-Willkommensbesuche (seit 2014), Präventionsangebote in Kitas und Schulen (wie Klasse 2000), Suchtprävention, Angebote zur Stärkung der Resilienz
- intensive Öffentlichkeitsarbeit intern und extern: Gestaltung eines einheitlichen Layouts und der Internetpräsenz: www.weimar.de/miteinander-wachsen; regelmäßige Veröffentlichungen in der Lokalpresse
- seit 2019 AOK-Gesundheitspartnerschaft mit Angeboten zur Elternbildung und Resilienzstärkung von jungen Familien, in enger Zusammenarbeit mit dem Familienamt
- Seit 2019 Gesundheitsförderung im Quartier in Weimar Nord („Gesund in Weimar Nord“) mit der AWO als Kooperationspartner (finanziert von der TK, hier war der Beitritt in das GSN Voraussetzung)

Frage 2:

Welchen Einfluss haben Corona und die im Zusammenhang mit der Pandemie deutlich gewordenen Problemfelder auf die Ausrichtung der städtischen Gesundheitsförderung?

Antwort:

Studien und Berichte weisen darauf hin, dass sich die Problemfelder, die vor der Pandemie bestanden, noch verschärft haben. Soziale Ungleichheit und damit verbundene ungleiche Gesundheitschancen haben sich aufgrund der verschiedenen Risikofaktoren der Familien noch mehr erhöht. In den belasteten Familien haben sich die Problemlagen verstärkt. Zudem konnten gesundheitsförderliche Angebote in den Einrichtungen während der Pandemie nicht durchgeführt werden. Unsere Ausrichtung bleibt damit bei Kindern und Jugendlichen und den Familien, vor allem in besonders benachteiligten Stadtgebieten und mit besonderen Problemlagen. Hierbei richten sich die Angebote besonders an Kitas und Schulen (Kinder und Fachkräfte) und an die Eltern.

Ab April haben wir unsere Arbeit im Bereich Gesundheitsförderung wieder vollständig aufgenommen und die bisherigen Angebote laufen wieder.

Das universelle Präventionsangebot, die **Willkommensbesuche**, ist dabei ein fester Baustein, um alle Familien erreichen zu können. Dieses Angebot hat sich auch während der Pandemie bewährt.

Um die **Resilienz von Kindern zu fördern** und ihre Gesundheitschancen zu erhöhen, sind nachhaltige Angebote in den Einrichtungen notwendig. Hierbei ist besonders das Präventionsprogramm „Klasse 2000“ in den Grundschulen wirksam. Bisher nehmen erst 2 Schulen in Weimar an diesem Programm teil, das von 1. bis 4. Klasse im Lehrplan etabliert wird und suchtpreventiv wirksam ist. Wir begleiten ab dem neuen Schuljahr wieder die Klassen als Gesundheitsförderinnen. Dabei moderieren wir die Themen in 2-3 Unterrichtseinheiten pro Schuljahr an, die Klassenlehrerinnen und -lehrer führen die Thematiken dann im gesamten Jahr fort. Ziel ist es, noch mehr Grundschulen für dieses Programm zu gewinnen, dies müssen wir aber mit unserer Personalsituation abstimmen.

Um die Handlungskompetenz von Eltern im Bereich Gesundheit und Stressbewältigung zu erhöhen, haben wir niedrigschwellige Angebote etabliert. Dies sind Elternkurse, die direkt an die Kitas angebunden sind, um die Betreuung der Kinder in dieser Zeit sicherzustellen und Onlineformate.

Anfragen bekommen wir derzeit besonders im Bereich **Suchtprävention**. Fachkräfte berichten, dass stoffgebundene Süchte, aber auch der problematische Umgang mit Medien in der

Pandemie zugenommen haben. Hier ist die Zusammenarbeit mit der SiT (Suchthilfe in Thüringen gemeinnützige GmbH) wesentlich, welche die Suchtberatung und Suchtprävention als Leistungserbringer der Stadt übernimmt. Konzeptionelle Absprache erfolgen mit dem Gesundheitsamt. Im jetzigen gemeinsamen Jahresgespräch wurden die Auswirkungen der Pandemie und der Beratungsanstieg besprochen. Beschlossen wurde, dass die Suchtberatungsstelle zukünftig ihren Fokus besonders auf die Fortbildung und Unterstützung von Fachkräften legt, die dann als MultiplikatorInnen und Ansprechpersonen in den Einrichtungen wirken. Gleichzeitig setzt sich die Suchtberatungsstelle mit den vermehrten Nachfragen zu Umgang mit Medien auseinander. Sie konzipieren gerade Online-Elternabende dazu, vom Grundschulalter bis zur Oberstufe. Das Angebot von Online-Elternabenden wird ebenfalls im Bereich Alkohol und Cannabis ausgeweitet.

In der **Selbsthilfekontaktstelle** sind während der Pandemie, insbesondere ab dem Frühjahr 2021, erhöhte Anfragen und Beratungsbedarfe zu psychosozialen Themen zu verzeichnen gewesen. Diese Themen wie Depressionen, Ängste, Alleinsein waren nicht zwingend coronabedingt bzw. -verursacht, wurden aber durch die Kontaktbeschränkungen und die gefühlt unsichere Situation deutlich sichtbar.

Soziale Gruppen, vor allem auch gut funktionierende Selbsthilfegruppen, mit ihrem Gemeinschaftssinn zeigten sich in der Pandemie als wertvolle psychologische Ressource.

Die Förderung von Eigeninitiative, Engagement und Selbstbestimmung ist in der Selbsthilfeunterstützungsarbeit elementar und allgemein ein wichtiges Ziel in der Gesundheitsförderung. Es gab auch 2021 unter schwierigen Bedingungen Neugründungen von Gruppen.

Frage 3:

Wie wurde und wird die zugesicherte „Möglichkeit der Beteiligung und Mitwirkung der Bürger“ umgesetzt?

Antwort:

Die Möglichkeit der Beteiligung der Zielgruppe erfolgt dann, wenn es um die Entwicklung von konkreten Angeboten vor Ort geht, wie bei unserem Vorhaben „Gesund in Weimar Nord“. Hier kommen wir mit der Zielgruppe, Familien aus den Stadtteil, ins Gespräch. Vor der Pandemie erfolgte dies im Rahmen einer Befragung (direkte Ansprache) zur Bedarfsermittlung, was möchten junge Familien im Stadtteil. Aus diesen Wünschen wurde ein Elterntreff etabliert, der aufgrund von Corona nur kurzzeitig bestehen konnte und jetzt gerade wieder neu belebt wird. Hier möchten wir mit den Familien ins Gespräch kommen und gemeinsam Angebote für den Stadtteil entwickeln.

Die relevanten externen Fachkräfte der Stadt aus den verschiedenen Bereichen (siehe Frage 1) beteiligen sich in der Fachgruppe Frühe Kindheit, die von Mandy Leube, Familienamt, und Anja Romeyke, Gesundheitsamt, geleitet wird.

Frage 4:

Ab wann erfolgt die „jährliche integrative Berichterstattung“?

Antwort:

Hier ist unklar, was in der Frage gemeint ist.

Das GSN fordert in Punkt 9 einen Erfahrungsbericht, der Ende 2023 vorgelegt werden muss. „Alle 4 Jahre trägt das Gesunde-Städte-Mitglied den anderen Netzwerkmitgliedern seinen Erfahrungsbericht vor, der die Erkenntnisse aus der kommunalen Gesunde-Städte-Arbeit reflektiert“.

Mindeststandard:

Der Erfahrungsbericht baut auf dem 9-Punkte-Programm und den Mindeststandards auf und stellt den Ertrag der Mitgliedschaft im Netzwerk dar.“

Eine städtische integrierte Berichterstattung im Kontext der Kommunalen Präventionskette liegt von Oktober 2017 vor.

Frage 5:

In welchen Bereichen sieht die Stadtverwaltung besonders großen Handlungsbedarf im Sinne einer städtischen Gesundheitsförderung?

Antwort:

Wie unter Frage 2 schon beschrieben

- Stärkung der Resilienz von Kindern
- Suchtprävention: Anfragen von Schulen erreichen uns vermehrt in Bezug auf Interventionen statt Präventionen in Schulklassen, da hier schon ein problematischer Umgang mit Drogen/Alkohol bei Jugendlichen erkennbar ist.
- Sucht-Behandlungsmöglichkeiten: Deutlich ist, dass sich die Suchtproblematik v.a. bei Jugendlichen durch die Pandemie verstärkt hat, die Störungsbilder komplexer geworden sind und die Dringlichkeit der Behandlung (mit ambulanter Psychotherapie bzw. Einweisung in eine Klinik) häufig erforderlich ist. Hier sind jedoch die Aufnahmekapazitäten in der Stadt arg begrenzt und es bestehen sehr lange Wartezeiten.
- Gesundheitsförderung in den Stadtteilen mit Beteiligung der Zielgruppen

Die Zusammenarbeit innerhalb der Stadtverwaltung muss dazu noch verstärkt werden, um der Forderung des GSN gerecht zu werden, gesundheitsfördernde Inhalte und Methoden bei allen öffentlichen Planungen und Entscheidungen zu berücksichtigen. Dafür müssen entsprechende Voraussetzung geschaffen werden (Punkt 4 des 9-Punkte-Programms des GSN) insbesondere die Bereiche von Stadtplanung und Verkehr betreffend. Bisher waren wir im Steuerkreis der Präventionskette miteinander vernetzt. Dies ist pandemiebedingt und aufgrund der Umstrukturierungen im Rahmen der Sozialraumorientierung ausgesetzt. Hier müssen neue Vernetzungsformate und Möglichkeiten der Beteiligung des Gesundheitsamtes bei diesen Entscheidungen geschaffen werden, die den personellen Ressourcen gerecht werden.